



Aktionsgemeinschaft zur Förderung Behinderter und Benachteiligter Neumünster e. V.

Herrn Stadtrat Günter Humpe-Waßmuth

Neues Rathaus Großflecken 59 24534 Neumünster

Neumünster, den 18.07.2008

Beitritt der Stadt Neumünster zur Erklärung von Barcelona – Konzept der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Humpe-Waßmuth,

die Erklärung von Barcelona zielt darauf ab, das Recht der Menschen mit Behinderung auf gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft umzusetzen. Die Kommunen verpflichten sich mit ihrem Beitritt, die in der Erklärung genannten Ziele auch zu erreichen. Durch den Beschluss der Ratsversammlung vom 04.12.2007 zum Beitritt ist damit ein erster Schritt zum Ausbau einer behindertengerechten Stadt getan worden, der von uns außerordentlich begrüßt wird. Damit ist Neumünster nach Niebüll die zweite Stadt in Schleswig-Holstein, die sich dieser besonderen Verantwortung stellt.

Ein erster Schritt deshalb, weil sich die **Beschlusslage** im Wesentlichen auf den **Abbau von baulichen Barrieren** konzentriert. Die Erklärung mit Präambel und 17 Vereinbarungen geht jedoch wesentlich weiter und strebt vor allem auch den Abbau von gesellschaftlichen Barrieren und Vorurteilen an. Daher sollte bei allen weiteren politischen Entscheidungen angestrebt werden, letztendlich in unserer Stadt **gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung** in allen Bereichen des öffentlichen Lebens herzustellen.

Das jedoch setzt – trotz prekärer Finanzlage – nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern den ernsthaften Willen zur Umsetzung voraus. Dazu gehören eine exakte Überplanung der Tätigkeitsfelder, die Vorlage eines umfassenden Maßnahmenkataloges und eine überschaubare (möglichst mittelfristige) Finanzplanung. Einem möglichen Hinweis auf Haushaltsdefizite muss entgegnet werden, dass der städtische Haushalt schon seit Langem – konsumtiv oder investiv – über Kassenkredite bzw. Kommunaldarlehen finanziert wird, so dass es in der politischen Willensbildung immer um die Festlegung von Prioritäten geht. Wir fordern daher alle Verantwortlichen auf, bei den kommenden Haushaltsberatungen die Konsequenzen aus dem Beitritt zur Erklärung von Barcelona zu ziehen.



Aktionsgemeinschaft zur Förderung Behinderter und Benachteiligter Neumünster e. V.

Der Runde Tisch hat sich im Einzelnen mit dem von der Verwaltung vorgelegten Konzept befasst und regt an:

- den Beitritt zur Erklärung von Barcelona auch für die städtischen Unternehmen (Stadtwerke, Hallenbetriebe, Krankenhaus, Wohnungsbau, Kiek in) sowie deren Tochtergesellschaften und Gesellschaften mit nennenswerter städtischer Beteiligung (Wirtschaftsagentur, Sparkasse Südholstein) durch entsprechende Beschlüsse in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen sicherzustellen,
- des Weiteren auch IHK, Handwerkskammer, Einzelhandelsverband usw. für eine konzertierte Aktion im Sinne der Erklärung von Barcelona zu gewinnen,
- bereits frühzeitig bei der Planung von städtischen Neubauten beteiligt zu werden. So sollten beispielsweise beim Neubau des Kinderferiendorfes nicht mehr getrennte Sanitärräume usw. für behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche geschaffen werden, sondern durch gemeinsam genutzte Einrichtungen gleichwertige Verhältnisse hergestellt werden,
- die Lichtschranken in den Personenaufzügen (z. B. Neues Rathaus) zu überprüfen, da die Türen zu schnell schließen und Rollstuhlfahrer damit auf Hilfe anderer angewiesen sind,
- Tastaturen (Leisten) oder Folien in Reliefschrift für Sehbehinderte in den Aufzügen zu installieren,
- bis zur Europawahl (Juni 2009) sicherzustellen, dass weitere 9 Wahllokale (von insgesamt 18) barrierefrei erreicht werden können und die restlichen 9 dann zur Bundestagswahl im Herbst 2009 ebenfalls unproblematisch zugänglich sind. Diese Ziele könnten durch Nutzung ebenerdiger Räumlichkeiten (Sporthallen, Aulen) erreicht werden,
- bei der Erstellung des Maßnahmenkataloges für neue und umzubauende Bordsteine auf die einschlägigen Erfahrungen der Mitarbeiter des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung zurückzugreifen,
- Absprachen zumindest mit den Nachbarstädten zu treffen, um auf eine Vereinheitlichung der akustischen Signale bei den Lichtzeichenanlagen einzuwirken.

Wie dringend eine gründliche Analyse der Gesamtsituation ist, kann man z. B. daran erkennen, dass die integrativen Angebote für Jugendliche erweitert werden müssen, da ein deutliches Angebotsdefizit für diesen Personenkreis in unserer Stadt vorhanden ist. Zudem gibt es nur sehr wenige Kurzzeitpflegeplätze für Kinder und Jugendliche – und dann auch nur in den Einrichtungen der Altenpflege.



Aktionsgemeinschaft zur Förderung Behinderter und Benachteiligter Neumünster e. V.

Als Ergänzung der Verwaltungsvorlage wird sich die Aktionsgemeinschaft für Behinderte und Benachteiligte / Runder Tisch Neumünster in Kooperation und unter der organisatorischen Leitung vom Inklusionsprojekt des Landesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte Schleswig-Holstein e. V. in der Bedarfklärung und Umsetzung der notwendigen Vorhaben mit einer "Zukunftskonferenz zur lokalen Teilhabe" Anfang 2009 beteiligen.

Wir würden uns freuen, wenn es uns gemeinsam gelingen würde, mittelfristig die wesentlichen Ziele der Erklärung von Barcelona vor Ort umzusetzen und sehen der weiteren Entwicklung gespannt entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

(Hartmut Florian)

Postalisch: Sandweg 2a, 24539 Neumünster e-mail: hartmut.florian@t-online.de